Volltext der Videobotschaft anlässlich der bundesweiten Betriebsversammlung der Universitäten wegen der Kürzung der Universitätenfinanzierung

(Die kursiv gesetzten Passagen entsprechen der Kurzfassung des Videos für die BV13 – Homepage.)

Geschätzte Mitarbeiterin, geschätzter Mitarbeiter, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen!

Mein Name ist Martin Tiefenthaler und ich spreche zu Ihnen als Vorsitzender der Bundesleitung 13 in der Gewerkschaft öffentlicher Dienst, die unsere Interessen vertritt.

Wir haben uns heute versammelt, um in bundesweit zeitgleichen Betriebsversammlungen weiter gegen die unverhältnismäßigen Sparmaßnahmen im Universitätsbudget zu protestieren. Haben bisher die ÖHs mit den Rektoraten den Protest in die Öffentlichkeit getragen, haben nun die Betriebsräte an den Standorten Betriebsversammlungen einberufen und Rektorats- und ÖH-Vertreterinnen eingeladen. Ich darf Sie herzlich begrüßen.

In den letzten 20 Jahren haben sich diverse Bundesregierungen dazu durchgerungen, das Unibudget von 1,2 bis 1,4 Prozent des Brutto-Inlandsproduktes in Richtung 2 Prozent auszubauen. Damit sollte Österreich an die Innovation-Leaders in Europa anschließen. Diese Maßnahme brachte messbare Erfolge. Die Dropout-Rate ist gesunken, die Betreuungsverhältnisse haben sich verbessert und auch der zeitgerechte Abschluss von Doktoraten hat sich verbessert.

Unsere Gewerkschaftsarbeit für die Universitäten konnte her einige beachtliche Erfolge erzielen. Neben dem oft unterschätzten Erfolg eines ausgewogenen Kollektivvertrages, der inzwischen immer wieder verbessert wurde, haben wir erreicht, dass im Global-Budget der Universitäten nur Doktoratsstellen berücksichtigt werden, die mit mindestens 30 Wochenstunden Arbeitszeit bezahlt sind. Ein erfolgreicher Schritt gegen Lohndumping und Prekarität!

Wir haben auch erreicht, dass die unfairen Bedingungen für den Karriereweg bei B1 massiv verbessert wurden, und es konnten auch zusammen mit den Betriebsräten

zahlreiche weitere Verbesserungen erzielt werden. In diesem Zusammenhang darf ich Sie ersuchen, einen Beitritt zur Gewerkschaft zu erwägen. In der Gewerkschaft können Sie diese Bedingungen mitgestalten.

Für die Universitäten hatte das alles positive Effekte. Neben der gesteigerten Zahl der Abschlüsse kam es auch zu einer beispiellosen Entwicklung bei den wissenschaftlichen Publikationen und bei der Drittmittel-Einwerbung. Das hat sich auch im Ranking der Universitäten niedergeschlagen.

Nun hat diese Regierung nach Jahren einer Finanzpolitik unter dem Motto, "Koste es, was es wolle" deren Folgen zu tragen und eine Budgetkonsolidierung vorzunehmen. Bereits in den letzten Jahren haben die Belegschaften der Universitäten wesentlich dazu beigetragen. Mit einem Gehaltsabschluss unter der Hälfte der Teuerungsrate werden jährlich 75 Millionen Euro eingespart. Die Gewerkschaft und die Rektorate haben sich auf diesen Lohnverzicht eingelassen angesichts der Zusicherung der Einmaligkeit dieser Aktion und der Verwendung dieser Mittel für den FWF.

Dieses Jahr hat die Bundesregierung noch einen größeren Finanzbedarf. Und selbstverständlich werden die Universitäten auch wieder ihren Beitrag dazu leisten müssen. Doch eine reale Kürzung um 10% der Mittel über die nächste 3 Jahre ist beispiellos und nicht akzeptabel. Alle politischen Zusagen von Einmaligkeit und Budgetziel von 2% des BIP für die Universitäten erscheinen nun als Makulatur.

Dieses Sparziel ist eine Aufkündigung der Generationengerechtigkeit. Denn wen trifft es? Den wissenschaftlichen Nachwuchs, jene, die erfolgreich ihr Studium abgeschlossen haben und nun auf eine globalbudgetfinanzierte Doktoratsstelle warten. Oder jene, die ein Doktorat abgeschlossen haben und auf eine globalbudgetfinanzierte Postdocstelle warten. Auch die wissenschaftlich fortgeschrittenen, die hoffen, sich erfolgreich auf eine Laufbahnstelle gegen die Konkurrenz bewerben zu können. Diese werden enttäuscht. Diese Stellen werden nun nicht mehr oder kaum mehr ausgeschrieben werden können.

Im Augenblick scheint das Projektpersonal noch sicher. Doch auch der FWF hat seine

Richtlinien geändert. In Zuge der Erschöpfung der BIP-Review-Prozesse wurden Sperrfristen eingeführt, Kürzungen der Drittmittelanträge und Maßnahmen, die die Neueinreichung erschweren.

Das war in ähnlicher Form schon einmal da. 1996 wurde das UniAbgeltungsgesetz eingeführt, ein Viersäulenmodell, wo jedem, der hier begann, signalisiert wurde, dass es auf der Universität kein längerfristiges Sein geben wird. Die Übergang zwischen den vier Säulen war so geregelt, dass es keine durchgehenden Karrieren mehr gab. Mit den Inkrafttreten des UGs war diese Situation noch nicht verbessert, denn von 2004 bis 2009 mussten wir warten, bis der Universitätenkollektivvertrag ausfinanziert wurde und in Kraft treten konnte. Erst mit dem Abschluss des Uni-Kollektivvertrages, den die GÖD erfolgreich mit verhandelt hat, waren wieder durchgängige Karrieren im A- und B-Schema möglich. Doch bis dahin hatten wir zwei Generationen von wissenschaftlichem Nachwuchs verloren.

Ist es wieder soweit? Wollen wir dahin zurück? Baut nicht unsere Gesellschaft auf die Kreativität und den Erfindergeist dieser Generationen auf, um den künftigen Wohlstand abzusichern? Hat die Regierung das vergessen?

Das BWWF hat bereits angekündigt, dass auch in den nächsten Jahren die Universitäten mit deutlich weniger Mitteln auskommen werden müssen, da den Ministerien wegen der Notwendigkeit der Erfüllung der Maastricht-Kriterien und durch das EU-Budget-Verfahren die Hände gebunden wären.

Bei allen Bekenntnissen zu sinnvollen Einsparungen: Wir sind nicht bereit, das zu akzeptieren!

- *Wir fordern von dieser Bundesregierung eine Zurücknahme der Unterfinanzierung der Universitäten mit den realen 10% Kürzungen!*
- *Wir fordern die Rückkehr zum 2% BIP-Ziel bei der Mittelzuteilung an die Universitäten und damit eine ausreichende Finanzierung der Universitäten!*
- *Wir fordern, damit nicht jahrelang zuzuwarten, sondern baldmöglichst mit dem absehbaren Ende der großen geopolitischen Konflikte und dem damit verbundenen Anziehen der Wirtschaft entsprechend zu handeln!*

- *Und: Wir fordern dafür verbindliche Zusagen!*

Alles andere wäre zu wenig und letztlich ein Verrat an der Zukunft unseres Landes.

Ich darf Sie namens der Universitätengewerkschaft für das wissenschaftliche und künstlerische Personal ersuchen, hier und heute dahingehende Beschlüsse zu fassen, damit wir im Frühjahr handlungsfähig sind, wenn wir unter veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bereitstehen werden, unsere Regierung an ihre Aufgaben zu erinnern und ihre Zusagen einfordern werden.

Und denken Sie auch daran, dass jede Vertretung nur so stark ist, wie sie durch ihre Basis legitimiert ist. Diejenigen von Ihnen, die noch nicht Mitglied der GÖD sind, lade ich herzlich ein, beizutreten, damit unsere Aktivitäten noch wahrnehmbarer und schlagkräftiger sind und wir weiter Erfolge erzielen und sowie schlimmeres verhindern können.

Glück auf!